

# *LI - Kurier*



## Aus dem Inhalt

- II **Notizen des Generalsekretärs**
- III **President's corner**
- IV **Aus Geschäftsstelle und Schatzmeisterei**
- IV **LI-Kongress in Ottawa**
- IV **Kurznotizen**
- VIII **Bei anderen gelesen**
- XI **Portrait einer großen Liberalen**

## Notizen des Generalsekretärs

Liebe Freunde der internationalen Liberalen,

mit diesen Zeilen meldet sich das Präsidium Ihrer Deutschen Gruppe bei Ihnen zurück, gibt es doch wieder einiges berichtens- bzw. mitteilungswertes. In den ersten drei Monaten dieses Jahres konnten Liberale aus aller Welt bereits einige Erfolge verbuchen, mußten aber auch – zumeist knappe – Niederlagen eingestehen.

Kaum zu erwartende Erfolge erzielten die Liberalen bei den Präsidentschaftswahlen im Senegal und in Taiwan. Die neuen Staatspräsidenten sind nun gefordert, die Gunst der Wahlen zu nutzen und für ein mehr an Demokratie in ihren Ländern zu sorgen. Leider nicht so erfolgreich gingen die Präsidentschaftswahlen in Kroatien und Finnland aus. Näheres zu diesen Wahlen finden Sie an entsprechender Stelle in diesem *LI-Kurier*.

Ein – weiteres – Debakel erlitt Grigory Yavlinsky von der Yabloko-Bewegung bei den Wahlen zum Staatspräsidenten der Russischen Föderation. Aber auch aus Russland gibt es positives zu berichten, ist der blutige Krieg in Tschetschenien – zumindest vordergründig – doch endlich beendet. Die Bilder, die uns heute aus Grossny erreichen, lassen nicht unbedingt nur Gutes von der Präsidentschaft Vladimir Putins erwarten. Das Präsidium der DGLI hatte auf Initiative Berta Gräfin Dohnas im vergangenen November eine Resolution zum Tschetschenienkrieg verabschiedet, die allerdings, was mein Fehler war, keine Erwähnung in der letzten Ausgabe des *LI-Kuriers* fand.

In diesem Jahr finden zwei Ereignisse jenseits des Atlantiks statt, die insb. für uns an internationaler Politik interessierten, einen hohen Grad an Spannung enthalten. Zugegebenermaßen ist der LI-Kongress Ende Oktober sicherlich nicht so spannend, wenngleich das – vorläufige – Programm, abgedruckt in diesem *LI-Kurier*, einiges verspricht. Das Präsidium hat entschieden, bei entsprechendem Interesse einmal wieder eine Fahrt für Mitglieder zum Kongress zu organisieren. Wenn Sie also gerne mit liberalen Freunden aus rund 60 Ländern der Erde zusammenkommen wollen und im Umfeld dieses events auch solche Metropolen wie Montreal oder Toronto kennenlernen möchten, dann teilen Sie dies bitte der Geschäftsstelle mit. Hans-

Werner Bepler hat sich gerne bereit erklärt, sich um die Organisation einer Reise zu kümmern.

Wirklich spannend aber wird es wohl, wenn die Nachfolge von US-Präsident Bill Clinton entschieden wird. Nachdem die Vorwahlen bei Demokraten und Republikanern zwar nicht beendet, aber doch entschieden sind, steht den Amerikanern ein heißer Sommer und Herbst ins Haus. Der bisherige Verlauf des Wahlkampfes hat jedenfalls deutlich gemacht, dass zumindest Gov. Bush ein sehr "flexibler" Kandidat ist, der – wie z.B. im Bundesstaat South-Carolina – gerne bereit ist, alle bisher vertretenen Prinzipien dem Erfolg zu opfern. Sollte der kommende Präsident wieder Bush heißen, ist jedenfalls damit zu rechnen, dass die USA wieder ein Stück weit isolationistischer agieren werden.

Wenn wir im November zu unserem Jahreskongress zusammenkommen, sind dies sicher Themen, die angesprochen und diskutiert werden sollten. Zum Kongress kann bis heute nur gesagt werden, dass wir an Termin und Ort festhalten wollen. Wir werden vom 17. bis 19. November nach München einladen. In welchem Rahmen und an welchem genauen Ort steht bis heute noch nicht fest. Die Resonanz auf das Angebot, am Samstagabend einen Ball zu veranstalten, war nicht so groß, dass das wirtschaftliche Risiko abgesichert wäre. Sabine Waegner prüft derzeit, ob möglicherweise Mitveranstalter bzw. Miteinladende gewonnen werden können. Näheres hierzu erfahren Sie, wenn die Entscheidungen getroffen sind.

Abschließend möchte ich Sie noch auf unsere Internetpräsenz [www.dgli.de](http://www.dgli.de) hinweisen. Unser Freund Jonas Renz hat als webmaster in den vergangenen Wochen kräftig gearbeitet und den Auftritt im Zeichen des Leuchtturms ausgebaut. U.a. finden Sie dort auch immer – und das zeitnah zur Verschickung – die aktuelle Ausgabe des *LI-Kuriers*. Wenn Sie für sich entscheiden den Kurier zukünftig nur noch online lesen zu wollen und nicht mehr wie gewohnt ins Haus geschickt zu bekommen, dann teilen Sie uns dies unter [mail@dgli.de](mailto:mail@dgli.de) mit. Für uns würde dies eine Portosparnis bedeuten, die wir angesichts unserer leeren Kassen natürlich nicht zurückweisen würden.

Aber das soll natürlich nicht heißen, dass wir Sie nicht auch weiterhin "konventionell" informieren werden, mindestens drei Ausgaben des *LI-Kuriers* werden Ihnen auf dem Postwege zugehen. Bis zur

nächsten grüßt Sie  
Ihr

Jörg Paschedag

### President's corner

Meine sehr geehrten Damen und Herren,  
liebe Mitglieder,

am 5. Februar tagte das Präsidium der Deutschen Gruppe im Landtag von Baden-Württemberg in Stuttgart, zusammen mit der gastgebenden Sektionspräsidentin Ingeborg Müller. Über die Sitzung will ich nicht im Einzelnen berichten; aber wir haben eine wichtige Diskussion erneut geführt, die wir energisch vorantreiben sollten, bis unsere Arbeit in hoffentlich kurzer Zeit auf eine solidere Basis gestellt und wirksamer als bisher wird.

Die Arbeit in den verschiedenen Sektionen ist sehr unterschiedlich, einige scheinen in einen langandauernden Winterschlaf gefallen zu sein. Das steht aber in krassem Gegensatz zur Fülle von Präsidenten, Vizepräsidenten, sonstigen Präsidiumsmitgliedern u.a.m. auf Bundes- und Sektionsebene.... Sicher gibt es auch erfreuliche Entwicklungen, so die vielfältigen Aktivitäten, die Ingeborg Müller von Besigheim aus entfaltet. Wir bräuchten viele solche "Aktivistinnen und Aktivisten"; und wenn wir sie nicht erlangen, müssen wir auch über neue Organisationsformen nachdenken. Viele Häuptlinge, wenig Indianer, noch weniger Bildungsmaßnahmen, Begegnungen oder sonstige Aktionen, Publikationen etc. - das müssen wir ändern. Ich lade Sie ein, mit dem Präsidium darüber nachzudenken.

Am 5. Februar tagte das Präsidium auch deswegen in Stuttgart, weil so viele Präsidiumsmitglieder am Nachmittag an der Veranstaltung in Besigheim aus Anlaß des zehnjährigen Bestehens der Sektion Nord-Württemberg teilnehmen konnten. Darüber wird an anderer Stelle berichtet - hier nur die Anmerkung, dass es eine sehr eindrucksvolle und hochinteressante Veranstaltung mit dem russischen Politikwissenschaftler Kokejew war. Zudem aber auch von dieser Stelle aus noch ein herzlicher Dank an die beiden Gründer, Helmuth Frotscher und

Wolfgang Weng, die in Besigheim teilnahmen und sprachen, und an Ingeborg Müller, der unser aller Dank gebührt.

Reden ist Silber, Schweigen ist Gold, heißt es. Dennoch will ich es riskieren, ein heißes aktuelles Thema anzusprechen. Die FPÖ war früher Mitglied der LI und kam einem Ausschluß durch Austritt zuvor, als die FPÖ unter Haider inhaltliche Positionen übernahm, die zum Teil nicht mehr mit dem liberalen Programm der LI übereinstimmten. Nach der Abspaltung wurde dann das Liberale Forum mit Heide Schmidt, Friedhelm Frischenschlager und anderen LI-Mitglied. Mit "Rechtspopulismus" ist das FPÖ-Programm sicher unzureichend beschrieben, gelegentlich gab es auch offen fremdenfeindliche Formulierungen zu beklagen. Sicher fischt die FPÖ auch nach Stimmen aus trübem Wasser. Das ist zu verurteilen. Ich sage Ihnen aber ganz offen, dass ich meine, die Liberalen müssen das Liberale Forum stärken und sich mit der FPÖ politisch auseinandersetzen, nicht alle und alles in und von der FPÖ verteufeln - das stärkt sie nur weiter. Die Haltung der Bundesregierung und einiger anderer Staaten der EU finde ich töricht und kurzsichtig, einem angemessenen Umgang mit einem prinzipiell gleichwertigen Mitglied Österreich und seiner demokratisch gewählten Regierung nicht angemessen und scheinheilig, wenn man Entwicklungen in anderen EU-Staaten und die Reaktion auf die russische Intervention und auf Verbrechen an der Zivilbevölkerung in Tschetschenien sich vor Augen hält. Auch auf Probleme aufgrund einer sehr starken Ausländerzuwanderung in manchen Regionen muss man rational und liberal reagieren - und eine solche Reaktion einfordern. Unter der letzten Bundesregierung gelang es den Liberalen nicht, eine solche liberale Antwort zum Gesetz zu machen. Der Gesetzentwurf, der unter Federführung von Cornelia Schmalz-Jacobsen erarbeitet wurde (und an dem ich mitarbeiten durfte) scheiterte an der CDU/CSU, sonst hätten wir manche Probleme auch in Deutschland weniger. Die Zuwanderung intelligent und "sozialverträglich" regeln, die Zuwanderungsfolgen in den Griff bekommen, die Integration konsequent fördern, das Asylrecht für die politisch, weltanschaulich u.a.m. Verfolgten erhalten, nicht aushöhlen lassen - darum geht es doch. Also bitte keine bloß moralisch-deklamatorische Scheinheiligkeit - sondern liberale Antworten auf praktische Probleme bei ganz wichtigen Themen, in Österreich, in Deutschland, überall.

In diesem Sinne herzliche Grüße von  
Ihrem

Gerold Dieke

10:00-13:00	Think Tank Meeting Bureau Meeting
10:00-16:00	INLW Meeting
16:00-18:00	Executive Committee
19:00	Welcome cocktail and dinner

### Aus Geschäftsstelle und Schatzmeisterei

### Seit Januar lautet die Anschrift der Geschäftsstelle

*Minheimer Straße 47, 13465 Berlin (Frohnau)  
Telefon 030 / 40636092, Fax 40636093*

Bitte senden Sie an diese Anschrift auch etwaige  
Post für den Generalsekretär.

### Schatzmeister

Der Schatzmeister, Helmuth Frotscher, bittet alle  
Mitglieder, die ihren Jahresbeitrag für 2000 noch  
nicht entrichtet haben, dies kurzfristig über eines der  
beiden nachfolgend genannten Konten zu erledigen:

*Commerzbank Bonn  
Kto-Nr. 11 0059 300  
BLZ 380 400 07*

*Postbank, NL Köln  
Kto-Nr. 138314 505  
BLZ 370 100 50*

### Adressenänderungen

Denken Sie bitte daran bei Wohnungswechsel, bei  
sonstigen postalischen Änderungen oder auch bei  
Namensänderungen die Geschäftsstelle der  
Deutsche Gruppe der LI zu informieren. Gleiches gilt  
für eine Änderung Ihrer Bankverbindung.

### LI Kongress in Ottawa

Das vorläufige Programm des 50. LI-Kongreß' im  
Oktober 2000 in Ottawa wurde uns aus London wie  
folgt übermittelt:

#### Mittwoch, 25. Oktober

09:00	Öffnung des Tagungsbüros
13:00	Öffnung Registrierungsschalter

#### Donnerstag, 26. Oktober

09:00	Abgabefrist für Dringlichkeits- beschlüsse
-------	---

### Freitag, 27. Oktober

09:30-10:30	Kongreßeröffnung
10:30-11:30	Vollversammlung
11:30-13:30	Arbeitsgruppen zu: Hauptresolution The World Today Andere Resolutionen
11:30-13:30	Workshop Kampagnen & Organi- sation (Liberal Party of Canada)
15:00-15:30	Reden von "liberal leaders"
15:30-17:30	Fortsetzung der Arbeitsgruppen
15:30-17:30	Fortsetzung des Workshops
17:30-18:00	Reden von "liberal leaders"
19:00-20:00	Empfang

### Samstag, 28. Oktober

09:30-11:00	Podiumsdiskussion
11:00-12:00	Reden von "liberal leaders"
11:00-13:00	Workshops
14:30-17:00	Vollversammlung
17:00-18:00	Abschlußdebatte
18:00	Abschiedsdinner und Präsentation des "Prize for Freedom"

Abgabefrist für Resolutionsentwürfe ist Dienstag, 1.  
August 2000. Bis dahin müssen auch Vorschläge für  
die Besetzung des Bureau eingereicht werden.

### LDR Fraktion im Europa-Rat

Als neuer Generalsekretär der LDR Fraktion wurde  
LI-Schatzmeister Matyas Eörsi von unseren  
ungarischen Freunden der FIDESZ gewählt. Jan  
Dirk Blaauw (VVD, Niederlande) und Claude Frey  
(Radikale Demokraten, Schweiz) wurden neu ins  
Bureau gewählt.

Somit ist das Bureau jetzt wieder komplett:

Präsidentin: Kristiina Ojuland (Estland)

Generalsekretär: Matyas Eörsi

Vize-Präsidenten:

Francesc Bonet Casa (Andorra)

Charles Ehrmann (Frankreich)

Ulrich Irmer

Roman Jakic (Slovenien)

Gunnar Jansson (Finland)

Hanne Severinsen (Dänemark)

Alexandre Shishlov (Russland)

Jan Dirk Blaauw  
Claude Frey

+++

Unser Mitglied Dr. Wolf-Ruthart Born wurde zum **Deutschen Botschafter in Mexiko** ernannt. Auch von unserer Seite herzlichen Glückwunsch.

+++

## LI in London

In der Letzten Ausgabe des LI-Kuriers hatten wir versprochen, den Zuwachs innerhalb des LI-Headquarters baldmöglichst vorzustellen. Dieses Versprechen halten wir nicht nur, sondern stellen gerne den kompletten Staff, der in London für den internationalen Liberalismus kämpft, vor:

### *Jan Weijers, Generalsekretär*

geboren am 14. Februar 1966 in Barneveld in den Niederlanden; Mitglied der VVD; Studium der Luft- und Raumfahrttechnik; von Juni 1991 bis 1995 Executive Director des weltweiten Jugendverbands IFLRY; von Januar 1996 bis Juni 1999 Programme Officer bei Liberal International; seit 1. Juli LI-Generalsekretär; sein größtes Hobby heißt [www.weijers.net](http://www.weijers.net).

### *Federica Sabbati, Programme Officer*

geboren und aufgewachsen in Triest, Italien. Studium Internationaler Beziehungen und Wirtschaftswissenschaften mit den Schwerpunkten Kommunikation und Werbung an den Universitäten von Triest und Mailand. Seit 1997 arbeitete Federica im Umfeld des Europäischen Parlaments in Brüssel, erst für LYMEC dann für die ELDR, dort als Assistentin des Generalsekretärs und Webmaster. Als Hobbies gibt sie Lesen und Kunstgeschichte an. Schließlich zeigt sie große Experimentierfreude in puncto mediterraner Küche.

### *Zayda Rodríguez, Sekretärin*

Die gebürtige Venezuelanerin arbeitet seit April 1995 für LI. Zayda hat vor wenigen Wochen an der Westminster Universität in London ihr Studium als Magister abgeschlossen, so dass LI aktuell bemüht ist, diese Lücke adäquat zu schließen.

Mehr zu erfahren ist unter:

<http://worldlib.org/li/people/staff.html> oder Sie nutzen einen Aufenthalt in Londo zu einem Besuch bei:

Liberal International

1 Whitehall Place  
London SW1A 2HD  
Tel: +44.20.78395905  
Fax: +44.20.79252685  
e-mail: [li@worldlib.org](mailto:li@worldlib.org)

+++

## Liberales treten in kroatische Regierung ein

In die neue kroatische Regierung unter dem sozialdemokratischen Regierungschef Ivica Racan sind fünf Liberale aus den beiden Mitgliedsparteien Kroatische Sozial Liberale Partei (HSL) und Liberale Partei (LS) eingetreten:

- Verteidigung: *Jozo Rados* (HSL)
- Energie, Industrie, Handel und Privatisierung: *Goranko Fizulic* (HSL)
- Wissenschaft und Technologie: *Hrvoje Kraljevic* (HSL)
- Schifffahrt, Verkehr und Kommunikation: *Alojz Tusek* (HSL)
  - Umwelt: *Bozo Kovacevic* (LS)
  -

+++

## Neyts-Uyttebroeck schon jetzt LI-Präsidentin

Eigentlich sollte Annemie Neyts-Uyttebroeck erst im Herbst auf dem Kongreß in Ottawa an die Spitze von LI gelangen. Durch den Eintritt unseres langjährigen Präsidenten Frits Bolkestein in die EU-Kommission, u.a. mit Verantwortung für den Bereich Binnenmarkt, wurde es notwendig, dass Annemie Neyts-Uyttebroeck das Präsidentenamt bereits kommissarisch übernahm.

+++

## Carles Gasòliba ist neuer Präsident der Katalanischen Gruppe der LI

Die Lage der Liberalen in Spanien ist insgesamt nicht gut; das spiegelt sich in der Mitgliederliste der LI wider. In Katalonien ist die Situation überdurchschnittlich gut, da es starke liberale Kräfte in der starken "Regionalpartei" CIU gibt. Bindeglied zur Liberalen Internationalen ist die katalonische Gruppe der LI, die Fundació Llibertat i Democràcia. Ihr Präsident Robert Vergus starb unerwartet früh am 8. Januar 2000. Er war ein sehr renommierter katalanischer Politiker und anerkannter Jurist und Publizist.

Am 24. 1. 2000 wurde Carles A. Gasòliba, Mitglied des Europäischen Parlaments und des Bureaus der Liberalen Internationale, zum Nachfolger von Robert Vergús gewählt. Gerold Dieke, der Gasoliba seit vielen Jahren aus der Arbeit in der LI eng verbunden ist, gratulierte ihm auch im Namen der Deutschen Gruppe der LI herzlich.

+++

### **Finnische Präsidentschaftswahlen: Esko Aho knapp gescheitert**

48,4 % waren es am Ende für Esko Aho von der finnischen Zentrumspartei, Mitglied der LI. Der frühere Ministerpräsident, gegenwärtig auch Mitglied im Bureau der Liberalen Internationale, scheiterte sehr knapp im direkten Vergleich mit der "roten Tarja", Tarja Halonen, in der Stichwahl der Präsidentschaftswahl in Finnland.

Aho hatte bis zuletzt sehr gute Chancen, da andere Kandidaten wie Elisabeth Rehn von der Schwedischen Volkspartei in Finnland und eine Konservative früh ihre starke Position bei den Umfragen einbüßten. Zudem war selbst für Finnland eine Entscheidung für eine Sozialistin, die als alleinerziehende Mutter vor allem als Vorsitzende der Liga für sexuelle Gleichberechtigung bekannt geworden war, ein Novum - letztlich entschieden sich die Finnen bisher immer für eher bürgerliche Kandidaten - und immer für Männer, wie zuletzt bei der Entscheidung zwischen dem Sozialdemokraten Ahtisaari und der bereits erwähnten Elisabeth Rehn bei der letzten Präsidentschaftswahl.

Der knappe Sieg war durch des Wahlverhalten in den Städten Helsinki, Turku und Tampere bedingt, wo Aho und seine "bäuerlich-liberale" Zentrumspartei weniger Rückhalt haben als die Sozialdemokraten.

Aho bleibt ein starker, angesehener Oppositionspolitiker und hat einen großen Achtungserfolg errungen, auch durch den insgesamt fairen Wahlkampf, den sich Talonen und Aho lieferten. Für Talonen stehen aber einige Themen erneut und unter veränderten Vorzeichen zur Entscheidung an. Ihr langjähriger jetziger Lebenspartner und sie wollten nicht heiraten. Dennoch muß er jetzt seine Arbeit als Mitarbeiter des Reichstages aus Gründen der "political correctness" aufgeben, und kann eine finnische Präsidentin ihren nichtehelichen Partner mit in die Präsidentschloss einziehen lassen? Rechtlich gesehen darf sie ihren Partner nicht auf

Staatskosten mit auf Staatsbesuche mitnehmen, obwohl auch in Finnland ein Ehepartner quasi automatisch und unentgeltlich Repräsentationspflichten des Ehegatten dank dessen Wahl in ein hohes Staatsamt erhält. Die bisherige Außenministerin konnte sich manches leisten, als Staatspräsidentin geht das wohl nicht mehr - selbst in Finnland.

+++

### **Machtwechsel in Taiwan vollzogen**

Im Rahmen der Wahlen am 17. März gewann die Democratic Progress Party (DPP), die mit Beobachterstatus zur LI gehört, u.a. die Präsidentschaftswahlen. Auf den DPP-Kandidaten Chen Shui-bian entfielen 39% der Stimmen, der Kandidat der über 51 Jahre regierenden Kuomintang erhielt lediglich 23% Zustimmung. Alle Beobachter, insb. auch die Friedrich-Naumann-Stiftung, die sich außerordentlich stark für Chen einsetzte, bewerten das Ergebnis als wichtigen Schritt zu mehr Demokratie in Taiwan. Der F.D.P. Vorsitzende Dr. Wolfgang Gerhardt nahm das Ergebnis zum Anlass, Chen wie folgt zu gratulieren:

"Republic of China on Taiwan  
The President-elect  
H.E. Mr. Chen Shui-bian  
c/o Ms. Bi-khim Hsiao  
10F No. 30, Pei-Ping East Rd.  
Taipei-Taiwan

Berlin, 27. März 2000

Dear President-elect Chen Shui-bian,

The Free Democratic Party of Germany (F.D.P.) is full of joy that you have won the elections and will become Taiwan's next President. Please accept my personal congratulations and also the congratulations of my party for this great democratic triumph.

I have been most impressed by the democratic manner in which the Taiwanese people conducted the campaign and then the presidential elections. Taiwan has become a show-case of democracy in the world and in the region, much admired also in Germany.

We know that you are now confronted with

difficult political tasks domestically and in the international field. Rest assured that the liberal family in Germany will continue the political and moral support for you and the policies you stand for.

We have been very encouraged by the recent international meeting the Liberal International held in your country. In our view this was an important political event to strengthen the bonds of friendship between the Liberals and Democrats on an international level. I hope very much that we may continue this cooperation in the months and years ahead.

Dear President-elect: Once more congratulations and all the best for you personally and your country.  
Yours sincerely,

Dr. Wolfgang Gerhardt"

### **Liberaler Präsident im Senegal gewählt**

Nachdem er im ersten Wahlgang noch dem amtierenden Präsidenten, dem Sozialisten Abdou Diouf, mit 31% gegenüber 41% unterlegen war, konnte sich Abdoulaye Wade von der LI-Mitgliedspartei Democratic Party of Senegal (PDS) im zweiten Wahlgang durchsetzen und wurde zum Präsidenten seines Heimatlandes gewählt. Noch bevor endgültige Ergebnisse vorlagen, hat Diouf seine Niederlage eingestanden, die schließlich mit 58,5% zu 41,5% auch deutlich ausfiel. Abdoulaye Wade wird das Amt bereits am 1. April antreten.

Möglich wurde dieser Wahlerfolg durch den Zusammenschluß mehrerer im ersten Wahlgang unterlegener Parteien zum Bündnis "Front für den Wechsel" (FAL). Erstmals kam es vor dem zweiten Wahlgang zu einer landesweit im Fernsehen und Hörfunk übertragenen Debatte zwischen den beiden Kandidaten. Ein weiterer erfolgreicher Schritt hin zur Demokratisierung des Senegals.

+++

### **WTO Direktor besuchte Liberal International**

Der Direktor der World Trade Organisation, General Mike Moore, besuchte gemeinsam mit seinem Stellvertreter Patrick Low das Hauptquartier von

Liberal International in London, wie uns unser Freund und Generalsekretär Jan Weijers berichtet.

Die WTO ist sehr interessiert, ihre Beziehungen zu Nicht-Regierungs-Organisationen und im besonderen zu politischen Organisationen, auszubauen. Daher wird sich die WTO auch im Rahmen des LI Kongress' in Ottawa, der insb. im Zeichen der Diskussion über den freien Welthandel stehen wird, präsentieren.

+++

### **Hätten Sie´s gewußt:**

Was die ökonomische Freiheit anbetrifft, liegt Deutschland in der Welt an 23. Stelle hinter Costa Rica. Das ergab eine Untersuchung in 65 Ländern, die von 50 renommierten Forschungsinstituten durchgeführt wurde. Kriterien (insgesamt 23) dieser Freiheit waren z.B. Größe der Regierung, Geldpolitik und Preisstabilität, Gebrauch fremder Währungen, Sicherheit privaten Eigentums, Freiheit im internationalen Waren- und Geldhandel. An der Spitze der Rangliste liegen Hongkong und Singapur, am Ende Kongo und Myanmar. Die Einstufung der einzelnen Länder korreliert ausgezeichnet mit dem Einkommen und der Lebenserwartung und völlig überraschend ist das Verhältnis von Spitzeneinkommen zu Niedrigsteinkünften von dieser Einstufung unabhängig.

K.W.

+++

### **Liberales in Japan erneut gespalten**

Die Liberale Partei Japans, Jiyuto, die seit dem Brüssler Kongress 1999 mit Beobachterstatus zum Kreis der LI gehört, hat sich im Zuge der japanischen Regierungskrise, die nach dem plötzlichen Schlaganfall des Ministerpräsidenten Keizo Obuchi gespalten. Als kleinster Koalitionspartner hatte die Liberale Partei die Regierung verlassen, was einige Abgeordneten bewogen hatte, die Konservative Partei zu gründen und auch in die neue Regierung unter dem bisherigen Generalsekretär der regierenden lange alleinregierenden Liberal-Demokratischen Partei (LDP), Yoshiro Mori, einzutreten. Somit verfügt die neue Regierungskoalition aus LDP, buddhistischer

Komeito und Konservativen immer noch über 70 Prozent der Parlamentssitze. Dennoch wird in Japan nun mit vorgezogenen Parlamentswahlen gerechnet. Dabei könnte Mori vom Mitleidseffekt für den todkranken Obuchi profitieren. Als mögliche Termine für Neuwahlen wurden in der japanischen Presse Ende Mai oder Anfang Juni genannt. Am 19. Oktober endet die Legislaturperiode.

### Bei anderen gelesen

Auch stark international orientierte Liberale in Deutschland verfolgen die Diskussion über die F.D.P. mit Interesse. Einen lesenswerten Diskussionsbeitrag steuerte Margarita Mathiopoulos in der *Welt am Sonntag* vom 16. Januar 2000 bei. Dass Frau Mathiopoulos nicht nur kurzzeitige Sprecherin der SPD und Ehefrau des CDU-Abgeordneten Friedbert Pflüger ist, sondern als Studentin auch in den Genuß eines Stipendiums der Friedrich-Naumann-Stiftung kam, läßt erahnen, dass dieses Essay wirklich überparteilich intendiert ist!

#### "Wo die "neue Mitte" wirklich liegt

Deutschland braucht eine Renaissance des Liberalismus, um für die Zukunft fit zu werden. Die großen Volksparteien sind dazu zu schwach – eine große Chance für die F.D.P., schreibt die Politikwissenschaftlerin und Managerin Margarita Mathiopoulos

Um die F.D.P. steht es derzeit nicht gut. Die Partei eines Theodor Heuss, Thomas Dehler oder Hans-Dietrich Genscher ist angeschlagen. Die Serie von Niederlagen bei den Landtags- und Kommunalwahlen des vergangenen Jahres hat die Liberalen tief verunsichert und die Sorge genährt, der politische Liberalismus in Deutschland sei in seine finale Phase eingetreten. Die kommenden Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und NRW haben für die F.D.P. durchaus schicksalhaften Charakter.

Der Filz der großen Parteien CDU und SPD, die gegenseitigen Blockaden der Volksparteien und ihr Unwille, herkömmliche Strukturen aufzubrechen – das ist der Boden,

auf dem politischer Liberalismus in Deutschland zu neuem Leben erwachen könnte. Ganz gleich, wo sich jeder Einzelne im politischen Spektrum der Bundesrepublik Deutschland ansiedelt: Jeder muss ein Interesse daran haben, dass der politische Liberalismus in Deutschland als Idee, Bewegung und Partei kraftvoller wird. Das allerdings setzt voraus, dass der politisch organisierte Liberalismus, die F.D.P., ihre Aufgabe auch wirklich wahrnimmt. Sie darf nicht als primär auf Macht und Mehrheitsbeschaffung fixiert erscheinen, sondern muss eine echte Bürgerpartei werden, die ihre Vorstellungen von einer freiheitlichen und demokratischen Gesellschaft konsequent vertritt.

Ein Blick auf das wiedervereinigte Deutschland zu Beginn des neuen Jahrhunderts zeigt die Notwendigkeit tiefgreifender liberaler Reformen und den Boden, auf dem liberale Politik reiche Ernte einfahren könnte.

Zu Beginn eine hypothetische Frage: Hätte die Bundesrepublik Deutschland im Goethe-Jahr 1999 die Chuzpe besessen, Goethe-Institute zu schließen, wenn es die DDR noch gegeben hätte, wenn also ein deutsch-deutscher "Kulturkampf" um das Erbe Goethes zu erwarten gewesen wäre? Und ferner: Hätten die Festredner in der Bundesrepublik angesichts einer solchen Auseinandersetzung nicht ganz besonders deutlich auf den freiheitlich-demokratischen und liberalen Wesenszug in Goethes Werk und Menschenbild verwiesen? Die Fragen sind hypothetisch. Aber sie lenken die Aufmerksamkeit auf die kleingeistige Art, mit der das wiedervereinigte Deutschland seinen größten Dichter – und einen großen Demokraten im Geiste – an der Schwelle zum neuen Jahrtausend verkennen wollte.

Eine Nation, die es sich nicht gestattet, einen ihrer größten Söhne zu verehren, wie es in anderen Nationen Brauch und gute Sitte ist, die ihn stattdessen in ihren Bildungseinrichtungen fast wie eine "Altlast" behandeln, läßt – eine solche Nation ist noch lange nicht bei sich selbst.

Hinter der Verleugnung steht das unausgesprochene Misstrauen der deutschen Eliten vor der von ihnen aufgebauten Wohlfahrtsdemokratie. "Die ich rief, die Geister, werd' ich nun nicht los". Man ahnt und man weiß, wie begrenzt und überholt der korporatistische Konsens ist, aus dem die demokratische Erneuerung des westdeutschen Teilstaates erwuchs. Demokratie-Import plus Marshallplan und Wirtschaftswunder gleich rheinischer Kapitalismus: Das hat in der Bonner Wachstumspolitik 40 Jahre lang gut funktioniert und war als schillernde Hoffnung anziehend genug, um die deutsche Einheit zu ermöglichen. Allein, die Formel taugt nicht mehr.

Demokratie muss immer gewahr sein, dass sie sich selbst in einem schleichenden Prozess aushöhlt und schließlich abschaffen kann. Auch formal freiheitliche Gesellschaften können zu geschlossenen Systemen mutieren, wenn sie sich vor dem Hintergrund neuer Herausforderungen als unbeweglich und selbstzufrieden, harmoniesüchtig und konfliktunfähig erweisen. Genau das war der Zustand am "Ende der Bonner Republik" (Stuttgart 1993) zum Zeitpunkt der epochalen Wende 1989/1990, die ihrerseits wiederum dazu beitrug, eben diesen Zustand eine kurze Weile lang zu verschleiern.

In der Berliner Republik liegen die Symptome nun sichtbar offen. Und sie drängen auf eine Lösung. Die wichtigste betrifft die Massenarbeitslosigkeit. Unsere geschlossene Gesellschaft hat sich daran gewöhnt, offizielle Zahlen von unter fünf Millionen fast als Erfolg zu verbuchen. Die verdeckte Arbeitslosigkeit wird verschwiegen, das Problem als Ganzes gesehen nicht gelöst, sondern verwaltet. Eliten wandern aus, und eine junge Generation wächst heran, für die "Zukunftsangst" eine Alltagsvokabel geworden ist. Der DAX erreichte 1999 den Höchststand. Die Konjunkturprognosen für 2000 sind gut – allein: Auf dem Arbeitsmarkt bleibt alles beim Alten.

Massenarbeitslosigkeit ist in erster Linie das Produkt einer geschlossenen, reformunwilligen Gesellschaft. Sie ist Resultat

einer mentalen Haltung, die neuen Wegen skeptisch gegenübersteht, auf Sicherheit und Altbewährtes setzt, statt Eigenverantwortung und Risikobereitschaft zu fördern. Unter den Bedingungen eines konservativ interventionistischen Staatskapitalismus, dessen Traditionen von Bismarck bis Kohl reichen, hat sich in Deutschland eine lähmende Bedenkenträgerkultur entwickelt. Wir sind eine Belehrungsgesellschaft, die von einer modernen Lerngesellschaft weit entfernt ist, Recht zu haben, ist oft wichtiger als Erfolg zu haben, und dem Erfolgreichen ist nichts so sicher wie gesellschaftlicher Neid.

Bis zu sieben Millionen Jobs könnten laut BDI im Dienstleistungssektor geschaffen werden. Wenn es ihn denn gäbe. Und wenn man in Deutschland bereit wäre, lieber Arbeit zu verbilligen als Arbeitslosigkeit teuer zu bezahlen. Eine Gesellschaft jedoch, die "Keine Experimente!" zu ihrem geistigen Leitfaden erkoren hat, darf sich über Korporatismus und Filz nicht wundern. Solange Ministerpräsidenten und Minister in Aufsichtsräten von Unternehmen oder Banken sitzen – im angelsächsischen System undenkbar!

Eine geschlossene Gesellschaft kann gar nicht anders, sie wird die Globalisierung als Bedrohung empfinden. Dabei ist Globalisierung als objektiver Prozess längst Realität. Für Datenautobahnen gibt es keine Verkehrsberuhigung, internationale Finanzströme lassen sich national nicht mehr regeln, und Unternehmen können nicht mit Ausreiseverboten belegt werden. Die Globalisierung wird im Verbund mit neuen Informations- und Biotechnologien unsere Welt im 21. Jahrhundert noch radikaler verändern als bisher. Um so wichtiger ist es, Chancen zur politischen Gestaltung des Globalisierungsprozesses zu ergreifen.

Man sollte sich darüber im Klaren sein, dass die Zukunft des Wirtschaftsstandortes Deutschland auch über die Zukunft der Demokratie in unserem Land entscheidet. Nur mehr freie Marktwirtschaft bringt mehr Wohlstand und sichert Demokratie und Freiheit. Nach einer Umfrage des Mannheimer Ipos-Instituts zweifelten 1998 ein Viertel der

Westdeutschen und 40 Prozent der Ostdeutschen daran, dass die Demokratie die gegenwärtigen Probleme Deutschlands lösen könne. Im vergangenen Jahr hatte sich dieser Artikel auf 33 bzw. 57 Prozent erhöht. Das sind alarmierende Zahlen – die aber offenbar verdrängt werden. Wollen wir wirklich testen, wie belastbar die deutsche Nachkriegsdemokratie ist?

Die Idee der Freiheit, wie sie im klassischen Athen aufkam, ist anstrengend, weil sie dem Menschen zumutet, für sich selbst Verantwortung zu übernehmen und ohne verordnete Gewissheit einer höheren "Instanz" entscheiden zu müssen. Der Wille zum Engagement für die Freiheit und die Bereitschaft, das Risiko des Lebens als Herausforderung und Chance anzunehmen, ist dem liberalen Denken konstitutiv. Er gründet in der Bejahung des Fortschritts- und Autonomiepostulats sowie der positiven Wertung der Demokratie als eines sowohl idealen wie verbesserungswürdigen politischen Systems.

Daraus erwuchs ein offenes und historisch unbelastetes Elitebewusstsein, das es ihnen ermöglichte, im antiken Sinne die "Besten" und "Fähigsten" zu fördern. Gänzlich verschüttet waren diese liberalen Traditionen auch im Nachkriegsdeutschland nicht. Dolf Sternberger, ein von den Nazis gemäßregelter Publizist und Politikwissenschaftler, schrieb 1946 in bester liberaler Tradition: "Wir wollen den Versuch machen, den Menschen zu retten, den Menschen in die Mitte zu stellen, in seinem Elend die Möglichkeit zu seiner Größe zu entdecken, zu erwecken und Wachzuhalten." Für Sternberger konnte es Freiheit in einem Gemeinwesen nur geben, "wenn dieses seinen Angehörigen nicht bloß individuelle Freiheit gewährt bis zur Grenze des Gesetzes, sondern wenn es Freiheit selber schafft, bildet, lehrt, hütet und verteidigt." Genau darin könnte im 21. Jahrhundert die vornehmste Aufgabe der

### **Die Zukunft der Wirtschaft entscheidet über die Demokratie**

Freien Demokratischen Partei liegen. Die

F.D.P. vertritt die Interessen einer bürgerlichen Mitte, die ihren politischen Auffassungen kein christliches Welt- und Menschenbild unterlegen will und die der Idee der Gemeinwirtschaft eine Absage erteilt. Diese Mitte wird heute gern als Neue Mitte postuliert. Im Sinne einer wachsenden Wählerschicht, die sich von der tradierten Bildung an Volksparteien gelöst hat, ist sie das auch. Von ihrer Wertsetzung her handelt es sich jedoch um die freiheitlich-liberale Mitte. Konkurrenz um die Neue Mitte jedenfalls belebt das Geschäft!

Früh und offen haben sich die Freien Demokraten zum Konzept des Neoliberalismus bekannt (Wilhelm Röpke, Friedrich August von Hayek). Die Eindämmung der Einflussnahme gesellschaftlicher Großgruppen auf Erziehung, Wissenschaft und Kultur und der staatlich zu gewährende Schutz des Individuums vor sozialen Kollektivierungsneigungen gehören zum politischen Kernbestand liberaler Tradition und sind als solche für die F.D.P. Gebote höchsten politischen Ranges.

Wenn die F.D.P. ein kohärentes Konzept zu Modernisierung der Gesellschaft anbietet, das – auf liberalen Freiheitsidealen fußend – konkrete Vorstellungen für notwendige und längst überfällige Strukturreformen einschließt, wird sie Wählerschichten in der *Neuen Mitte*, also der liberalen Mitte erschließen.

An liberalen Modernisierungskonzepten kommen am Ende auch die großen Volksparteien nicht vorbei. Der Vorstoß des SPD-Fraktionsvorsitzenden Peter Struck, das liberale dreistufige Steuermodell zur Grundlage einer umfassenden Steuerreform zu machen, zeigt, wohin die Reise gehen wird. Struck ist von seiner Partei zurückgepfiffen worden. Doch die Saat wurde gelegt.

Die politische Tragik der F.D.P. hätte sein können, dass SPD und CDU ihr neoliberales Credo übernehmen. Das wäre der ultimative Triumph des Neoliberalismus in Deutschland – und das Ende der F.D.P. gewesen. Ein Jahr SPD-geführte Regierung und CDU-dominierte Opposition haben jedoch gezeigt, dass der neoliberale drive in beiden Volksparteien

offenbar zu schwach ist, um politisch bestimmend zu werden. Während sich die SPD unter dem Druck ihrer neo-etatistischen und versorgungsstaatlichen Klientel immer weiter vom zukunftssträchtigen Ansatz des Schröder/Blair-Papiers entfernt, fährt die CDU als Oppositionspartei zur Überraschung vieler auf der versorgungsstaatlichen Überholspur. Damit mögen sozial-konservative Wählerschichten von der SPD zurückzugewinnen sein. Dem Standort Deutschland tut die Union damit keinen Gefallen. Gerade der Bankrott des ostdeutschen kommunistischen Staatskapitalismus und das Überleben des westdeutschen sozialen Staatsinterventionismus unterstreichen die besondere Relevanz liberaler Marktwirtschaft im Zeitalter der Globalisierung.

Auch die Grünen sind keine "liberale Konkurrenz" und werden es nicht sein können, obwohl manche Vordenker die Ökopartei in genau diese Richtung manövrieren wollen. Die Grünen haben wichtige und unverzichtbare Anstöße in Sachen Ökologie gegeben, die heute allerdings zum politischen Allgemeingut aller Volksparteien gehören. Damit ist die "historische Mission" der Grünen in Deutschland erfüllt. Das grüne Generationsprojekt läuft mit Fischer und & Co. aus und lässt sich auch nicht auf der neo-liberalen Schiene in die Zukunft verlängern. Dafür haben die Grünen keine Klientel und kein politisches Hinterland. Und: Joschka Fischer ist als Außenminister so gut, dass er in jeder Partei sein könnte, politisches Profil für seine Partei entsteht daraus jedenfalls nicht.

Eine F.D.P., die dem Liberalismus in Wirtschaft und Politik konsequent verbunden und nicht primär auf Macht und Koalitionen fixiert ist, sondern sich auf die Werte und Freiheitsideale konzentriert, wird dieses Feld auch im 21. Jahrhundert bestellen können. Eine Bürgerpartei, die ihre Vorstellung von Freiheit in den Mittelpunkt wirtschaftlicher und politischer Programmatik stellt, eine liberale Partei, die offensiv vertritt, dass die Demokratie der Ort ist, wo Freiheit im Politischen, Sozialen, Kulturellen einerseits gewonnen, andererseits aber immer neu zu erarbeiten ist, eine solche Partei bleibt gerade

in Deutschland unverzichtbar. Wenn sich die F.D.P. darauf besinnt, kann sie – über kurz oder lang – zum politischen Repräsentanten der Neuen Mitte werden, die dem Etikett endlich auch Inhalt verleiht."

### **Portrait einer großen Liberalen - Elly Heuss-Knapp**

Geboren wurde Elisabeth Anna Justine Knapp am 25. Januar 1881 in Straßburg als Tochter des Professors für deutsche Wirtschaftsgeschichte, Friedrich Georg Knapp. Ihre Mutter, Lydia von Karganow, war eine armenische Fürstentochter. Die Kindheit verbrachte Elly Knapp im Hause ihres Großvaters, eines Chemieprofessors aus Braunschweig.

Dieser Familienhintergrund war bestimmend für ihr Selbstverständnis. Sie lebte in einer geistig anspruchsvollen Tradition. Straßburg war Brennpunkt romanischer und germanischer Kultur.

Ihre Jugendjahre fielen in eine Epoche großer sozialer und wirtschaftlicher Veränderungen. Die soziale Frage drängte insb. in den Großstädten nach Lösungen. Elly Knapp und Freundeskreis, dem u.a. Albert Schweitzer angehörte, waren sämtlich "Hilfe-Leser". Ihr geistiges Leitbild sahen sie in Friedrich Naumann. Sie setzten sich ein, die Missstände der Industrialisierung auszugleichen.

Elly Knapp ließ sich zur Lehrerin ausbilden und legte 1899 ihr Examen ab. An einer von ihr initiierten Fortbildungsschule für Mädchen unterrichtete sie Bürgerkunde, bevor sie sich 1905 zum Studium der Volkswirtschaftslehre in Freiburg und Berlin entschloss.

Im Hause Naumann lernte sie 1905 ihren zukünftigen Ehemann kennen und wurde 1908 von Albert Schweitzer in Straßburg getraut. Ernst-Ludwig, ihr einziges Kind, wurde 1910 geboren. Gleichzeitig erschien ihr erstes Buch "Bürgerkunde und Volkswirtschaftslehre für Frauen". Als junge Mutter unterrichtet sie und hält Vorträge. 1911 zieht die Familie nach Heilbronn, um 1918 nach Berlin zurückzukehren, wo Elly Heuss-Knapp aktiv in der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) mitarbeitet. 1919 ist sie Spitzenkandidatin zur

Nationalversammlung und 1920 für den Reichstag. Sie verliert die Wahlen knapp gegen die Sozialdemokraten.

1933 ist für das Ehepaar ein Jahr existentieller Sorgen, Theodor Heuss wird mit Berufsverbot belegt. Nun ernährt Elly Heuss-Knapp die Familie, sie arbeitet als Werbetexterin und dreht Reklamefilme.

Nach dem Krieg engagiert sie sich wieder politisch und zieht als Abgeordnete der Liberalen Demokratischen Volkspartei in den württembergischen Landtag ein. Ihre umfangreichen Erfahrungen setzt sie vor allem bei der Entwicklung der Wohlfahrtsgesetzgebung ein.

Als Theodor Heuss 1949 zum ersten Bundespräsidenten gewählt wird, stellt sie sich ihren neuen Aufgaben als "First Lady". Die Gründung des Deutschen Müttergenesungswerks am 31. Januar 1950 in Bonn bezeichnete sie als Krönung ihres Lebenswerks.

Elly Heuss-Knapp setzte sich Zeit ihres Lebens für Mädchen und Frauen ein, für deren Rechte, für Bildung, für Arbeit und für Wohlbefinden. Christliche Nächstenliebe und soziale Gesetzgebung gehörten für sie immer zusammen.

Elly Heuss-Knapp starb am 19. Juli 1952 in den Universitätskliniken auf dem Bonner Venusberg.

+++

*Ich habe Elly Heuss-Knapp als Kandidatin für die INLW-Frauen-Ehrentafel innerhalb der "Hall of Freedom" auf dem Jungfrauenjoch vorgeschlagen.*

Emmi Weiß